

**Datenschutzrechtliche Information nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO
bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
(Einwilligungserklärung gem. Nr. 10)**

Vergabestelle: Freie Universität Berlin, Zentrale Universitätsverwaltung,
Abt. III - Technische Abteilung

Die Vergabestelle – Freie Universität Berlin – Abt. III - Technische Abteilung – verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen, auch personenbezogene, Daten.
Mit diesem Datenschutzhinweis informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

Nr. 1 Kontaktdaten des Verantwortlichen für die Datenverarbeitung:

Freie Universität Berlin
Zentrale Universitätsverwaltung
Abt. III - Technische Abteilung
Rüdesheimer Str. 54-56
14197 Berlin
Telefon: 030 / 838 - 51145
Telefax: 030 / 838 - 451145
E-Mail: taintern@campus.fu-berlin.de

Nr. 2 Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:
Dr. Karsten Kinast, LL.M.
KINAST Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Hohenzollernring 54, 50672 Köln
Telefon: 0221 / 222 183-0
E-Mail: DSB-FUBerlin@kinast.eu

Nr. 3 Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die FU Berlin hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) bzw. die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Landeshaushaltsordnung (LHO).

Die Verantwortliche verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen von Vergabeverfahren zum Zweck der Prüfung und Bewertung von Angeboten (Eignungsprüfung wie Fachkunde und Leistungsfähigkeit), der Teilnahmeantragsprüfung, der Kommunikation mit Bieter/Bewerbern (z.B. Beantwortung von Bieteranfragen) und der Dokumentation/Archivierung sowie zu Statistikzwecken (Vergabestatistik). Des Weiteren erfolgt eine Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Vertragsdurchführung/-abwicklung von im Rahmen von Vergabeverfahren geschlossenen Verträgen.

Nr. 4 Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung von Vergabeverfahren und erfolgt auf Grundlage:

- der Einwilligung der betroffenen Person (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO)
- der Erfüllung eines Vertrags und/oder der Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO)
- der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO)
- der Durchführung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse (Art 6 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Nr. 5	Art der verarbeitenden Daten:
	Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen, insbesondere: • Identifikations- und Kontaktangaben, wie Vor- und Nachname der zuständigen Ansprechpersonen, Adresse/Sitz des Unternehmens, Nummer zur Eintragung im Handelsregister/bei der Handwerkskammer • Angaben zur Überprüfung der Bieterreignung, wie Daten zur Überprüfung von Referenzen, Schul- und Berufsausbildung, Berufserfahrung der eingesetzten Mitarbeiter/innen im Rahmen der Eignungsprüfung • Erhebung von Daten bei Dritten, soweit eine gesetzliche Mitteilungsverpflichtung oder -berechtigung besteht oder mit Ihrer Einwilligung, wie die Abforderung von Auszügen aus dem Gewerbezentralregister oder Abfrage von Wirtschaftsauskünften von entsprechenden Auskunftgebern. • Auskunft aus dem Wettbewerbsregister Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen.
Nr. 6	Weitergabe personenbezogener Daten
	Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören: • Weitergabe aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung Bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung geben wir Ihre Daten an öffentliche Stellen oder Institutionen (Behörden, zum Beispiel im Rahmen einer Strafverfolgung) weiter. • Unterlegene Bieter Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 19 Abs. 1 VOB/A (§ 46 Abs. 1 UVgO) über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind. • Vergabekammer Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen sowie Gerichte im Falle von Klagen. • Weitergabe an externe Dienstleister (im Rahmen des Art. 28 DSGVO) Von uns eingesetzte Dienstleister insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen (z.B. zum Betrieb der elektrischen Vergabepattform RIB) oder externe rechtliche, fachliche und organisatorische Berater zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens (einschließlich der Angebotsbewertung und im Rahmen etwaiger Nachprüfungsverfahren), die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten. Die Dienstleister dürfen die personenbezogenen Daten ausschließlich im Auftrag des Auswärtigen Amtes und nicht zu eigenen Zwecken verarbeiten und müssen die Daten vertraulich behandeln. • Sonstige Stellen, insofern Sie uns eine Einwilligung erteilt haben Bei Vorliegen einer expliziten Einwilligung geben wir Ihre Daten auch an sonstige Stellen weiter. Dies erfolgt jedoch innerhalb der Grenzen bei Vorliegen einer nachweisbaren Einwilligung durch Sie.
Nr. 7	Übermittlung Ihrer Daten in ein Drittland
	Es erfolgt keine Übermittlung der Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation.

Nr. 8	Aufbewahrung und Löschung der Daten
	Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten im Rahmen von Ausschreibungen gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen. Der Speicherzeitraum beginnt mit der erstmaligen Speicherung der personenbezogenen Daten, der Zeitpunkt der Speicherung entspricht in der Regel dem Zeitpunkt der Erhebung der Daten. In der Regel werden die Dokumentationsunterlagen (Angebote, Teilnahmeanträge, Vergabedokumentationen, Vergabevermerke) sowie deren Anlagen für einen Zeitraum von 10 Jahren aufbewahrt. Die Aufbewahrungszeit kann in Abhängigkeit von Vorgaben aus anderen Rechtsvorschriften - im Einzelfall auch länger sein. Wir verarbeiten die Daten, solange dies für den jeweiligen Zweck erforderlich ist. Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was auch die Anbahnung und Abwicklung eines Vertrags umfasst. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch oder dem Steuerrecht ergeben. Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen werden die betreffenden personenbezogenen Daten für die Dauer der Aufbewahrungspflicht gespeichert. Die Speicherdauer richtet sich zudem nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können. Nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht wird geprüft, ob eine weitere Erforderlichkeit für die Verarbeitung vorliegt. Liegt eine Erforderlichkeit nicht mehr vor, werden die Daten gelöscht.
Nr. 9	Datenschutzrechte
	Wenn Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, haben Sie folgende Rechte gemäß DSGVO: Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO. In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit. • Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO) über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. • Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) soweit Sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind. • Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO) der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der gesetzlichen Voraussetzungen zutrifft und keine gesetzliche Ausnahme entgegensteht. • Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, wenn einer der gesetzlich genannten Gründe eingreift, insbesondere auf Ihren Wunsch hin auch anstatt einer Löschung der Daten. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht. • Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) Sie haben das Recht, alle bei uns über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format heraus zu verlangen und diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln. • Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO) aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation ergeben, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht oder die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist. Der Widerspruch ist an den Verantwortlichen der Datenverarbeitung (siehe Ziff. 1) zu richten.

- **Recht auf Widerruf**
sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt. Der Widerruf ist an den Verantwortlichen der Datenverarbeitung (siehe Ziff. 1) zu richten.
- **Recht auf Einreichung einer Beschwerde (Art. 77 DSGVO)**
bei der zuständigen Aufsichtsbehörde. Zuständige Aufsichtsbehörde ist für Sie jede Datenschutzaufsichtsbehörde.

Nr. 10 Einwilligung:

Die Datenschutzinformationen gelten mit Angebotsabgabe als zur Kenntnis genommen.

Ich erteile meine ausdrückliche Einwilligung, dass die Vergabestelle:

**Freie Universität Berlin, Zentrale Universitätsverwaltung, Abt. III – Technische Abteilung
Rüdesheimer Str. 54-56, 14197 Berlin**

meine. im Rahmen des Vergabeverfahren bereitgestellten personenbezogenen Daten und Informationen, soweit diese zur rechtmäßigen Durchführung des vorstehend genannten Vergabeverfahrens erforderlich sind, erhebt, verarbeitet und nutzt.

Sofern zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich umfasst die Verarbeitungstätigkeit der Vergabestelle auch weitere Datenerhebungen, Datenspeicherungen und Datenübermittlungen.

Die datenschutzrechtliche Information, Nr. 1 bis 9 der Vergabestelle, nach Art. 13 und 14 DSGVO, habe ich zur Kenntnis genommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten auf freiwilliger Basis erfolgt und ich meine Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.